A6NEU (Ä1,2,3,4,5,6,7,8) Faires Geld für zukunftsgerechte Landwirtschaft

Gremium:	LaVo
Beschlussdatum:	26.03.2024
Tagesordnungspunkt:	4. Anträge

Antragstext

Die Landwirtschaft ernährt uns, prägt unsere Landschaft und hat besonders in Schleswig-Holstein eine lange Tradition. Aber Klimakrise, Artensterben und die wirtschaftliche Not vieler Höfe stellen nicht nur die Landwirt*innen, sondern die ganze Gesellschaft vor große Herausforderungen.

Landwirtschaft ist schon jahrzehntelang einem steten Wandel unterworfen. Seit 1990 hat sich die Zahl der Betriebe in Schleswig-Holstein fast halbiert. Rund 12.000 Höfe haben ihre Tore für immer geschlossen haben. Gleichzeitig ist die landwirtschaftliche Fläche deutlich geringer, um circa neun Prozent, gesunken.

Der fortwährende Flächenverbrauch für Gewerbe, Siedlungs- und Straßenbau muss wirksam eingedämmt werden. Unsere Böden sind der elementare Produktionsfaktor für die landwirtschaftliche Lebensmittel-Erzeugung. Die fortschreitende Bebauung und die damit einhergehende Versiegelung von Böden mindern aber auch die wichtigen ökologischen Funktionen der Böden allen voran die Fähigkeit des Bodens, Regenwasser aufzunehmen. Das führt besonders in Städten zu einer stärkeren lokalen Erwärmung. Auch mit der durch die Klimakrise zunehmenden Wahrscheinlichkeit von Extremwetterereignissen geht die Notwendigkeit einher, den Flächenverbrauch zu senken und die Flächennutzung zunehmend ökologisch auszurichten. Insbesondere sind clevere Kombinationsmodelle von Energieerzeugung, Infrastruktur, Wohnen, Klimaschutz, Artenschutz und Landwirtschaft gefragt.

Die äußeren Rahmenbedingungen hat die Landwirtschaft zu einer Branche im Wandel gemacht: Schwankende Preise, mächtige Lebensmittelkonzerne und steigende Anforderungen setzen die Betriebe unter Druck. Die Art und Weise, wie wir Landwirtschaft betreiben hat aber auch unmittelbaren Einfluss auf das Klima, die Biodiversität und die Eutrophierung von Böden, Ökosystemen und Gewässern – sowohl Oberflächengewässer, Grundwasser sowie Nord- und Ostsee. Es ist klar, dass nicht die Landwirtschaft allein verantwortlich ist; sie muss aber bereit sein, den gesellschaftlichen Anforderungen für eine intakte Umwelt nachzukommen. Im Gegenzug muss die Gesellschaft bereit sein, diese ökologischen Leistungen den Betrieben angemessen zu vergüten.

Sowohl bei Klimawandel als auch beim Rückgang von Biodiversität spielt die Landwirtschaft eine dreifache Rolle: Sie ist Mitverursacherin, denn die hohen Treibhausgasemissionen aufgrund der intensiven Tierhaltung und der Artenschwund in Folge von bspw. Überdüngung und Pestizideinsatz verstärken die Probleme. Aber gleichzeitig ist die Landwirtschaft besonders von extremer Dürre oder Nässe und von veränderten Temperaturen betroffen. Gleichzeitig kann und muss die Landwirtschaft Teil der Lösung sein, denn Humusaufbau, Wiedervernässung von Moorflächen, Pflege der Kulturlandschaft und vieles mehr sind wichtige Antworten auf die Krisen dieser Zeit. Wir Grüne wollen, dass genau diese Lösungen zum Gewinn-, nicht zum Verlustgeschäft werden und den Bestand der Höfe sichern.

Viele Betriebe haben sich auf den Weg gemacht, erzeugen nicht nur hochwertige Lebensmittel, sondern sind auch Energiewirte, Tourismusorte und der Kitt im ländlichen Raum. Wir wollen auch, dass immer mehr Arbeiten als „Klimaschutz- und Biodiversitätswirte“– im ausgewogenen Mix mit Lebensmittelproduktion vielen Betrieben eine Zukunft und eine sichere Einkommensperspektive sichert.

Natürlich gilt: In allen Bereichen – der Industrie, dem Verkehr, beim Wohnen – müssen wir heute an Stellschrauben drehen, damit wir auch morgen noch gut leben können. Das gilt eben auch für die Landwirtschaft.

Wir Grüne setzen uns dafür ein

- dass die Zahlungen von EU, Bund und Land langfristig konsequent an Gemeinwohlkriterien gebunden werden. Statt Flächenprämien müssen wir Betriebe entlohnen, die für Artenvielfalt, Naturschutz, pestizidarmes und ökologisches Wirtschaften, für mehr Tierwohl und Klimaneutralität auf Erträge und damit Einkommen verzichten und sie bei ihren Investitionen unterstützen.

- Davon erhoffen wir uns auch, dass die Pachtpreise weniger stark steigen, denn derzeit landet ein Teil der Flächenprämie nicht bei denen, die das Land bewirtschaften, sondern bei denen, die das Land besitzen.

- dass Agrarzahlungen künftig verstärkt kleinen und mittleren Betriebe zu Gute kommen – wie es schon jetzt in der Umverteilungsprämie angelegt ist – umso das Höfesterben zumindest zu verlangsamen.

- dass Landwirte ihre Produkte nicht zu Dumpingpreisen anbieten müssen. Um die Marktmacht der Lebensmittelkonzerne einzuschränken hat Robert Habeck die Monopolkommission angerufen. Die Ergebnisse sollen im kommenden Herbst vorliegen, wir Grüne sind bereit, hier für faire Marktbedingungen zu sorgen.

- dass Höfe Planungssicherheit haben und nicht in Bürokratie ertrinken. Wir wissen, dass viele Betriebe durch große Investitionen in Ställe, Landmaschinen und Digitalisierung besonders auf Planungssicherheit angewiesen sind. Das bedeutet einen beherzten Wandel bei den Agrarzahlungen, aber einen mit langfristiger Perspektive. Wir sind bereit bei der Gemeinwohlprämie eine gute Balance zwischen ökologischen Auflagen und Kontrollaufwand zu finden, damit Landwirt*innen künftig weniger Zeit am Schreibtisch verbringen müssen.

- dass für landwirtschaftliche Erzeugnisse, die in die EU importiert werden, die gleichen Umwelt-, Tierschutz- und Sozialstandards gelten wie für Betriebe in der EU.

Begründung

erfolgt mündlich